

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 18

Artikel: Initiative und Verantwortung
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093334>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Initiative und Verantwortung

Die Welt konnte mit ansehen, was am Montag, dem 19. August, vom Fernsehen übertragen worden ist: Pressekonferenz der selbsternannten Junta von hohen Verantwortungsträgern, Interviews mit den ersten Anpassern, Erklärungen einiger sowjetischer Diplomaten, Panzer, die Stellung bezogen, Truppen, die aufmarschierten. Auf der Krim stand M. S. Gorbatschow unter Hausarrest und war von allen Verbindungen abgeschnitten.

Es war der letzte Termin für einen Putsch. Früher ausgelöst, hätte er zweifellos bessere Erfolgsaussichten gehabt. Nun ist er gescheitert, in fünf Tagen, die die Welt erschütterten. Zehn Tage waren es, als Lenin im Oktober/November 1917 die Macht übernahm.

In dem vorläufig noch als Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) firmierenden grössten Teilstaat der Union, wo Boris Jelzin den Widerstand gegen die Putschisten mit grossem Mut organisierte, wurden die Internationale durch die alte russische Hymne, die rote Flagge mit Hammer und Sichel durch das russische Banner ersetzt. Die kommunistische Partei ist in Auflösung. Der Marxismus-Leninismus ist zu Grabe getragen. Der grausame Spuk ist nach 74 Jahren vorbei.

Was den orthodoxen Exponenten in der Sowjetunion physisch widerfährt, werden zahlreiche Linksintellektuelle im Westen als geistige Erkenntnis nachvollziehen müssen, die Einsicht nämlich, dass sie falschen Göttern huldigten, dass uns das gleiche osteuropäische Schicksal beschieden worden wäre, wenn sie Erfolg gehabt hätten. Jean Paul Sartre und Herbert Marcuse ist diese schmerzliche Einsicht erspart.

Nun ist auch die Ära Gorbatschow abgeschlossen. Die überaus grossen Verdienste dieses Mannes sind überschattet vom Charisma, das Boris Jelzin zugefallen ist, dank seiner vorbildlichen Zivilcourage, aber auch dank der Gunst eines dramatischen Ereignisses: Er war, im Gegensatz zu Gorbatschow, frei zu handeln. Vielleicht haben ihn die Putschisten unterschätzt, vielleicht wagten sie sich noch nicht an den einzigen, in einer Volkswahl gekürten Präsidenten, vielleicht entging er zufällig seiner Verhaftung.

Jelzin hat sich für die Freilassung Gorbatschows eingesetzt: Das lag in seinem Interesse, das war aber auch sein Verdienst. Deshalb konnte er die Rechnung präsentieren, nicht nur mit der Demütigung Gorbatschows bei dessen Ansprache im russischen Parlament am 23. August, sondern indem er erfolgreich in die Personalpolitik der Union eingriff.

Hat denn Gorbatschow alles falsch gemacht? Gewiss nicht. Hier ist nicht nur daran zu erinnern, dass er die Reformperiode einleitete und den kalten Krieg beendete. Vielmehr ist zu unterstreichen, dass er den im Anfang einzig möglichen mittleren Weg einschlug, eine Gratwanderung zwischen den Ideologen und den Liberalen; dass er diese beiden Gruppen und Kräfte durch ständig wechselnde Kompromisse in Schach hielt; dass er allein durch diese Politik eine frühere Konterrevolution der Orthodoxen verhinderte, zu einer Zeit also, als sie reale Erfolgchancen aufgewiesen hätte. Er hat den liberalen Keim gesät und durch umsichtiges, gelegentlich zögerndes Vorgehen, das ihm zu Unrecht vorgeworfen wurde, dessen Wachstum erst ermöglicht.

Die Putschisten haben gepokert und verloren. Damit ist auch dort eine Mauer gefallen. Begreiflich, dass in Russland, ja in der Union, die Euphorie überhand genommen hat. Wer war nicht ergriffen von den Bildern, wie die Statue von Felix Dserschinski, dem Begründer der Geheimpolizei, gestürzt und die Zentrale des KGB, dem berühmten Staatssicherheitsdienst, gestürmt wurde! Aber dem Drama folgt unweigerlich das Erwachen, der Emotion die Realität. Demokratie und Marktwirtschaft haben sich nie und nirgends mit Dekret einführen lassen, sondern mussten über viele Dezennien, wenn nicht gar einige Jahrhunderte wachsen. In den Stammländern der Sowjetunion setzte diese Entwicklung erst mit der Amtsübernahme durch Gorbatschow im März 1985 auf breiterer Front ein. Beschleunigt wird sie dank der modernen Kommunikation, jedoch Zeit benötigt sie allemal, zwei bis vier Generationen, bis weite Volkskreise fähig und willens sind, die Trägerschaft zu übernehmen.

Gewiss: Die nachgeholte Revolution von unten löst wichtige Probleme. Die Unabhängigkeit vorab der baltischen Republiken

kann und muss nun eingeräumt werden, zumal die Ideologen sich gegenwärtig nicht mehr dagegen zu stemmen vermögen. Und der Aufbruch in die Marktwirtschaft ist freigestellt. Der eingeleitete Zerfall der Union schafft jedoch neue Probleme: Wie wird die politische und die wirtschaftliche Entflechtung des Bundesstaats real bewerkstelligt und ideal bewältigt in einer Zeit, da der technische Fortschritt Integrationen erzwingt? Wie rasch sind neue Strukturen und Institutionen bereit, die alten abzulösen, wie schnell sind neue Kader zur Stelle?

Russland hat unter Boris Jelzin die Reformbewegung in jeder Hinsicht beschleunigt und in diesem neuen Rahmen die Unabhängigkeit der baltischen Republiken anerkannt. Es ist ein bemerkenswertes Präjudiz, dass eine Teilrepublik einer andern die Souveränität verbrieft. Wenn sich das eigentliche, 140 Mio Einwohner zählende Russland, das selber eine Föderation darstellt, von den andern 14 Republiken löst, die 150 Mio Einwohner aufweisen, so wird damit bestenfalls der Übergang in einen Staatenbund eingeleitet, im ungünstigen Falle die Proliferation neuer Staaten mit der problematischen Begleiterscheinung neuer Nationalismen. Die Pandora-Büchse des Chauvinismus ist vollends geöffnet worden, und die Folgen sind kaum schon abzusehen. Kann Russland etwa der Ukraine tatsächlich volle Souveränität zugestehen, ohne wirtschaftlich schwer in Mitleidenschaft gezogen zu werden? Wie steht es um das von Jelzin beanspruchte Mitspracherecht zur Veränderung bisheriger Republiksgrenzen? Wird ein aufflackernder Sezessionswille in zentralasiatischen Sowjetrepubliken sich mit fundamentalistischen Strömungen im Islam verbinden, und wird daraus ein globaler Religionskrieg entstehen?

Der jugoslawische Machtanspruch der Serben wäre durch einen Erfolg des sowjetischen Putsches gestärkt worden. Umgekehrt erstaunt es, wie wenig er nach dem Scheitern jener Moskauer Kreise, welche sich gegen die Souveränität bisheriger Teilstaaten sträubten, gedämpft worden ist. Der Waffenstillstand in Jugoslawien ist derart brüchig, dass ein offener Bürgerkrieg wohl nicht mehr zu verhindern ist.

In der Sowjetunion wird sich überdies die Versorgungslage trotz massiver westlicher

Wirtschaftshilfe mittelfristig nicht verbessern lassen. Der angedeutete Mauereinsturz in Russland drängt den Vergleich mit der DDR auf. Knapp 20 Mio wegen der Planwirtschaft verarmte DDR-Bewohner schlossen sich über 60 Mio dank Marktwirtschaft (und Fleiss) reichen Bundesdeutschen an. Trotz massivster Hilfe aus der Bundesrepublik und der EG-Integration der ehemaligen DDR ist dem Schritt vom November 1989 die Desillusionierung schon 1990 auf den Tritt gefolgt. Dabei waren Arbeitsethos und Disziplin den Bewohnern der DDR ungleich vertrauter, als sie es den Bewohnern der Sowjetunion nach 70 Jahren Diktatur und 700 Jahren Autokratie überhaupt sein können. Den 290 Mio ärmeren Sowjetbürgern steht nicht die dreifache Zahl Westeuropäer gegenüber, die im Schnitt ebenso begütert waren wie die Westdeutschen. Und ebenso motiviert, da sie nicht den Angehörigen der eigenen Nation zu helfen aufgerufen sind.

Diese voraussehbaren und nicht zu unterschätzenden Probleme versuchte Gorbatschow auf dem langsameren, mittleren Weg zu lösen. Während fünf Jahren hat er die Ideologen in Schach gehalten, deren Macht bedächtig beschnitten und wiederholt Putschgefahren bewältigt. Auf seiner Gratwanderung musste er laviieren. Der grösste Rückschlag war zweifellos das allzu forsche Vorgehen Litauens Mitte März 1990, das die Möglichkeit eines Zerfalls der Union vorzeitig sichtbar machte und die Opposition aktivierte. Zweimal hatte ich Unterredungen mit Anatoli Lukjanow, dem jetzt abgesetzten Nachfolger Gorbatschows als Präsident des sowjetischen Parlaments. Im Juni 1990 unterstrich er mit Stolz die Reformfortschritte, die unter der Führung Gorbatschows erzielt worden waren und die, wie er maliziös lächelnd beifügte, nicht einmal vom Schweizerischen Ost-Institut vorausgesehen worden seien. Im Oktober erklärte er sichtlich erregt, dass unter dieser Regierung kein Quadratmeter sowjetischen Bodens aufgegeben werde.

Das wirft ein Schlaglicht auf die wachsende Opposition. Hätte Gorbatschow ihr nicht nachgegeben, etwa im Dezember letzten Jahres mit der Ernennung Janajews zum Vizepräsidenten und Pugos zum Innenminister, etwa auch mit der Hinnahme des Abfalles einiger Reformer von Schewardnadse bis Jakowlew, so wäre der Putsch früher erfolgt und mit einiger Wahrscheinlichkeit erfolgreich verlaufen.

Vielleicht war es ein Fehler Gorbatschows, sich knapp vor der Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages in die Ferien fern von Moskau zu begeben. Vielleicht war es ein Fehler, dass er an seiner ersten Pressekonferenz nach der Befreiung aus dem Hausarrest ein Bekenntnis zur Reformbarkeit der Kommunistischen Partei ablegte, zu einem Zeitpunkt, da er sich noch nicht umfassend über die Ereignisse hatte informieren können.



Das mögen die Fehler Gorbatschows gewesen sein, nicht jene, die er vor dem Unionsparlament am 26. August – einmal mehr unter dem Zwang nunmehr stark veränderter Machtverhältnisse – eingestanden hat. Hätte er im Dezember den Ideologen nicht Konzessionen eingeräumt, so wäre – das kann nicht genügend unterstrichen werden – der Putsch schon damals und mit echten Erfolgsaussichten erfolgt, als Jelzin russischer Parlamentsvorsitzender und noch nicht vom Volk gewählter Republikpräsident war.

Die von Gorbatschow anfänglich bekundete Absicht, die kommunistische Partei zu reformieren, aber (noch) nicht aufzulösen, hätte rational gesehen die Fortsetzung des mittleren Weges bedeutet: Langsamer Abbau von Stellenwert und Mitgliederzahl der bisher alleinigen Partei, um ein Auffangbecken für Orthodoxe zu sichern, wo sie sich ebenso bedächtigt aus ihren ideologischen Prägungen hätten befreien können, und wo sie

unter Auflösung der Partei, die zwar vordergründig klare Verhältnisse schafft, werden diese Elemente untertauchen. Dass es nach wie vor und in grosser Zahl Ideologen gibt, die der Vergangenheit nachtrauern und um ihre Positionen fürchten, sollte nicht bezweifelt werden. Man hat mit der «Entnazifizierung» nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur positive Erfahrungen gemacht, und eine «Entkommunisierung» im Massstab der Sowjetunion ist undurchführbar.

Der mittlere Weg ist abgeschlossen. Die Gefühle haben, wie so oft, den Sieg über den Geist davongetragen. In ihrem eigenen Interesse hätten die Ideologen keinen Putsch auslösen dürfen und sollten die Liberalen die Entwicklung nicht zu sehr beschleunigen. Demokratie setzt die Bereitschaft grosser Volkskreise voraus, Mitverantwortung auf Dauer zu übernehmen, und Marktwirtschaft den Willen, Arbeitsdisziplin Tag für Tag zu bekunden. Beides muss gelernt werden.